

Workshop 6

**Dr. Mike Seckinger/ Dr. Eric van Santen, Deutsches Jugendinstitut:
„Jugendhilfe@rometer zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
kommunale Kinder- und Jugendhilfe“**

Moderation: Gudrun Hengst, Jugendamt Kreis Soest

Co-Moderation: Monique Sturm, AGJ

In dem Workshop wurden die Sorgen und Prioritäten der Jugendämter diskutiert, die sich aus den Ergebnissen des Jugendhilfe@rometers ableiten lassen. Deutlich wurde, dass trotz Corona weiterhin viele Hilfen stattfinden konnten, trotz teilweise verschärfter finanzieller und personeller Situationen bei den kooperierenden Trägern.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Kinder- und Jugendhilfe einen wichtigen, unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag für ein gutes Aufwachsen von jungen Menschen in Deutschland leiste. Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe sollten daher nicht als finanziell belastende Bedarfe, sondern vielmehr als finanzielle Investition in die Zukunft der Gesellschaft verstanden werden. Zudem müssten Berufe in Bereichen der Jugendhilfe stärker von und in der Gesellschaft anerkannt werden, um u. a. auch attraktiv für Nachwuchskräfte zu sein und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sowohl grundsätzlich als auch in weiteren Krisenzeiten sichern zu können. Hierfür müssten die zuständigen Politiker*innen entsprechend förderliche Maßnahmen (offene Wertschätzung des Arbeitsfeldes KJH, adäquate Vergütung der Fachkräfte etc.) ergreifen. Es wurde außerdem festgehalten, dass die Kinder- und Jugendhilfe zur kritischen Infrastruktur gehöre. Das sollte durch die politischen Akteur*innen anerkannt und in die Gesellschaft hinein kommuniziert werden. Die Corona-Pandemie habe nochmals verdeutlicht, dass die Absicherung aller Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe als soziale Infrastruktur notwendig sei. Ein „Lockdown“ dürfe nicht bedeuten, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht bzw. nur eingeschränkt handlungsfähig bleibe. Daher sei die Kinder- und Jugendhilfe in den Pandemieplänen grundsätzlich als systemrelevanter Arbeitsbereich aufzunehmen und abzusichern (Kinderbetreuung, Schutzmaterialien u. a.). Auch der Bereich der Fachkräftesicherung wurde thematisiert. So würden bereits teilweise bestehende Personalengpässe in den Jugendämtern in Krisenzeiten, wie dieser, weiter verschärft (z. B. Fachkräfte als Risikogruppe). Um die Passgenauigkeiten von Hilfen und die Partizipation von jungen Menschen und Eltern auch im Hilfeverlauf gewährleisten zu können, bedürfe es daher grundsätzlich einer ausreichenden Personalausstattung in den Jugendämtern (z. B. verbindliche Personalbemessung im ASD). In Hinsicht auf voraussichtliche zukünftige Krisen sollten neue (digitale) Kommunikationsmethoden erarbeitet und/oder ausgebaut werden. Hierfür werde in den Jugendämtern eine ausreichend technische Infrastruktur, genügend Personal sowie Raum und Zeit zur fachlichen Reflektion benötigt. Zudem müsse in den Blick genommen werden, wie mediengestützte Kommunikation zukünftig barrierefrei ausgestaltet und umgesetzt werden könne, sodass bestehende Benachteiligungen von Adressat*innen nicht weiter verstärkt würden. Die Politik sei mit in der Verantwortung, hierfür entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.